

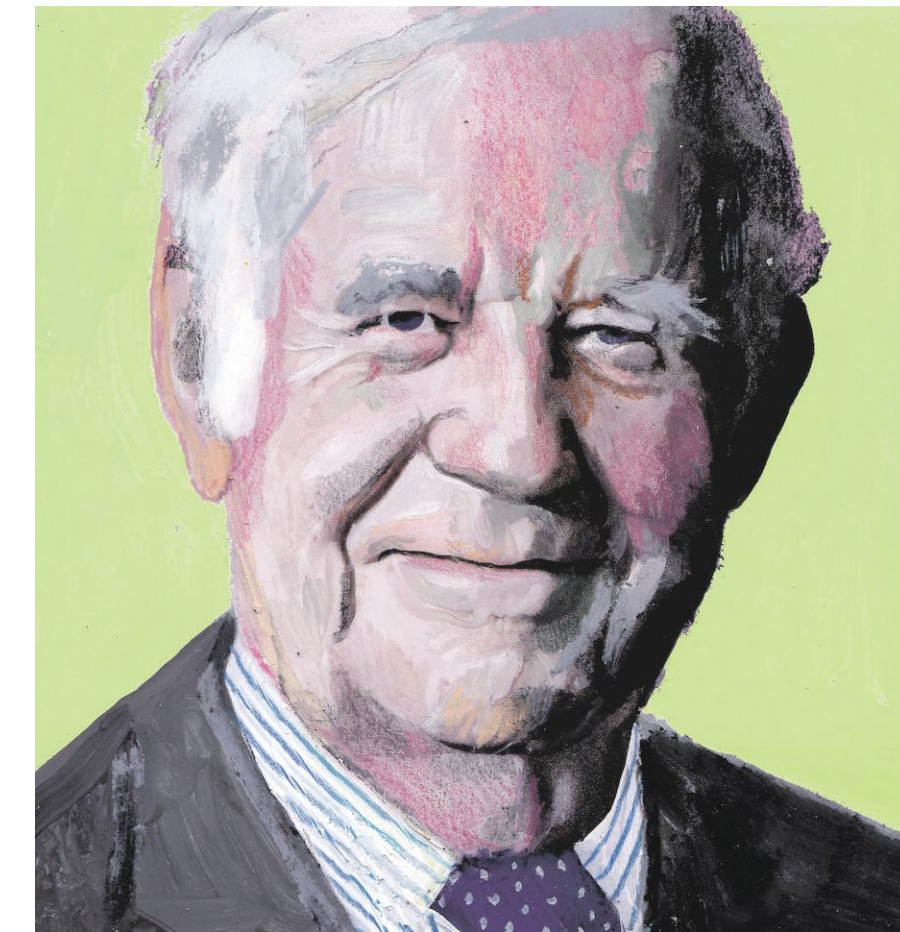
Keine Kredite für Wachstum!

Kurt Biedenkopf kritisiert, dass der soziale Frieden durch neue Schulden gewahrt wird.

Gibt es sozialen Frieden ohne Neuverschuldung? Wer wie ich die wirtschafts- und sozialpolitischen Auseinandersetzungen in Deutschland während der vergangenen gut vierzig Jahre erlebte, hat Schwierigkeiten mit einer für die Schuldenbremse positiven Antwort auf diese Frage. Ein Beispiel aus den Anfängen: 1979 kam es zwischen dem damaligen Wirtschaftsminister Lambsdorff und mir im Bundestag zu folgendem Dialog: Lambsdorff war überzeugt, die Bundesrepublik benötige in diesem Jahr vier Prozent Wachstum. Auf meine Frage, warum vier Prozent, warum nicht zwei, antwortete er mit einer Gegenfrage, die er nicht beantworten könne. Wären zwei Prozent Wachstum ausreichend, um den sozialen Frieden im Land zu sichern?

Zu dieser Zeit hatte sich bereits die Überzeugung gefestigt, ein unter politischen Gesichtspunkten „unzureichendes“ Wachstum müsse durch staatliche Maßnahmen gefördert werden. Falls die vorhandenen Mittel nicht ausreichen, müsse man Schulden aufnehmen. Unser damaliger Dialog betraf den politischen Zusammenhang zwischen sozialem Frieden, Wachstum und Staatsverschuldung. Der damalige Bundeskanzler Helmut Schmidt brachte den Zusammenhang zwischen Staatsschulden und sozialen Erfordernissen auf die Formel, ihm sei die Beseitigung der Arbeitslosigkeit wichtiger als die Geldwertstabilität. Bis heute hat sich die Priorität nicht grundsätzlich verändert.

Meine erste These: Die Praxis geht davon aus, dass die Wahrung des sozialen Friedens die staatliche Förderung von Wachstum durch Staatsverschuldung erfordert und damit rechtfertigt. Nun ist es kaum möglich, politisch belastbar zu definieren, was unter „sozialem Frieden“ verstanden werden muss. In der politischen Praxis zeigt sich, dass es bei dem Begriff nicht um die Beschreibung eines stabilen Zustands geht. Er postuliert vielmehr ein politisches Ziel, das prinzipiell nie erreichbar ist. Dieser Zielcha-



Andrea Ventura

rakter verleiht dem Begriff seine Dynamik. Sein politisches Potenzial leitet er aus dem Einfluss der sozialen Besitzstände ab.

Dieser Einfluss wiederum nimmt in dem Maße zu, in dem weitere Gestaltungsbereiche mit sozialer Relevanz aus der Gestaltungsverantwortung der Bürger in den staatlichen Regelungs- und Gestaltungsbereich übertragen werden. Indirekt nimmt damit auch der Einflussbereich der sozialen Besitzstände zu. Das stärkt ihren Vertre-

tungsanspruch und ihre politische Macht. Zugleich verringert sich die Bedeutung privatrechtlicher Bewältigung sozialer Risiken. Der zivilgesellschaftliche Widerstand gegen die Ausdehnung paternalistischer Angebote des Staats erlahmt. Die Folge: Die politischen Kosten steigen, die mit dem Versuch einer Begrenzung der Expansionen staatlicher Zuständigkeiten verbunden sind.

Im Prinzip halten in Europa alle wesentlichen Parteien die politischen Kosten einer

derartigen Begrenzung durch Verringerung der staatlichen Neuverschuldung für unzumutbar. Sozialer Frieden und soziale Gerechtigkeit erscheinen ihnen wichtiger als die Stabilität der öffentlichen Haushalte und des Geldwerts. Versuche, die politischen Kosten im Rahmen der Euro-Zone durch gemeinsam ausgeübte Kontrollen zu vergemeinschaften, sind bisher gescheitert.

Meine zweite These: Wir sollten versuchen, den politischen Zusammenhang zwischen dem Ziel des sozialen Friedens und seiner Sicherung durch Maßnahmen des Staats zur Wahrung der sozialpolitischen Besitzstände sowie der Rechtfertigung staatlicher Verschuldung durch dieses Ziel aufzulösen. Sonst wird es nicht möglich sein, die Staatsverschuldung zu begrenzen. Für die Bemühungen, den Euro zu stabilisieren, bedeutet dies: Der Versuch, Stabilität im Sinne fiskalischer Begrenzungen und Sicherung des Geldwerts einerseits und Wachstum andererseits miteinander zu verbinden, ist nur dann aussichtsreich, wenn unter Wachstum die Reform der im weitesten Sinne sozial relevanten Strukturen verstanden wird. Ihr Ziel muss es sein, die finanziellen Möglichkeiten der Staaten auch im sozialen Bereich ohne ständige Neuverschuldung wirksamer einzusetzen.

Die dafür notwendigen Reformen sind auf allen staatlichen Ebenen mit hohen politischen Kosten verbunden. Ob die im Rahmen unserer demokratischen Regierungsstrukturen wirksam geschultert werden können, ist ungewiss. Der Versuch, die politischen Kosten der Strukturveränderungen durch expansive Schuldenpolitik zu senken, ist kontraproduktiv. Denn die Gläubiger sind nicht länger bereit, die politischen Risiken in Gestalt höherer finanzieller Risiken zu übernehmen. Auch die USA werden mit diesem Versuch letztlich scheitern.

Der Autor war Ministerpräsident von Sachsen und CDU-Generalsekretär. Sie erreichen ihn unter: gastautor@handelsblatt.com

Handelsblatt Shop

Jeden Monat neu!

THILO SARRAZIN
EUROPA BRAUCHT DEN EURO NICHT

Handelsblatt-Bestseller: die meistverkauften Wirtschaftsbücher in Deutschland

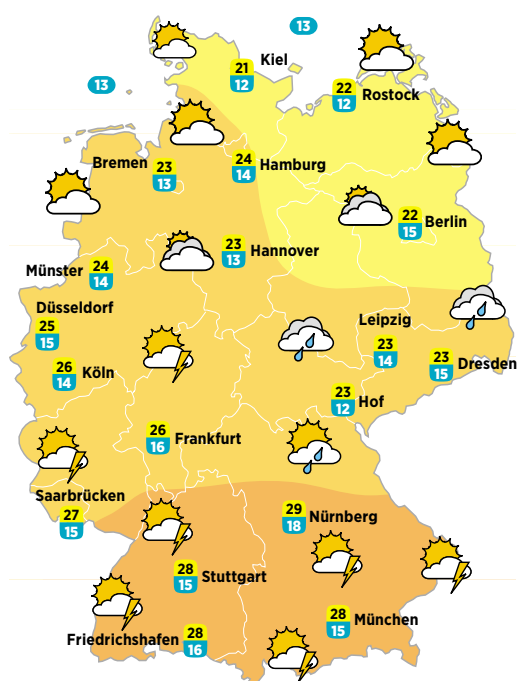
www.handelsblatt-shop.com/bestseller

BUSINESS-WETTER 21.06.

Deutschland

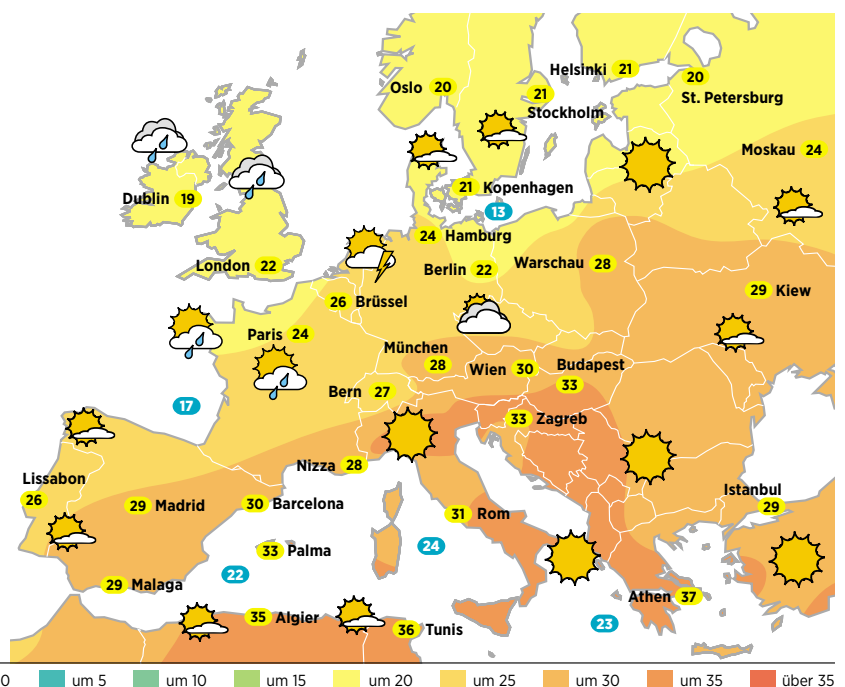
Vor allem im Osten halten sich anfangs noch dichte Wolken und zeitweise regnet es unregelmäßig. Im Laufe des Tages lockert es sich und nach und nach und zumindest zeitweise kommt die Sonne zum Vorschein. Sonst überwiegt bei wechselnder Bewölkung aber überall der Sonnenschein. Über den Mittelgebirgen sowie im Süden bilden sich mitunter wieder teils heftige Gewitter. Bereits am Abend nähern sich aber mit einer Störungszone aus West dichte Wolken und erste Regenschauer. Der Wind weht meist nur schwach. Tageshöchsttemperaturen 21 bis 30 Grad.

Darmstadt	Regenschauer	27°
Dortmund	Gewitter	25°
Duisburg	Gewitter	24°
Essen	wolkig	24°
Hildesheim	stark bewölkt	23°
Mannheim	Gewitter	28°
Potsdam	stark bewölkt	22°
Sylt	wolkig	20°
Wolfsburg	stark bewölkt	22°



Welt

Amsterdam	24°
Bangkok	33°
Buenos Aires	14°
Chicago	35°
Genf	27°
Hongkong	33°
Johannesburg	17°
Kairo	36°
Kapstadt	19°
Los Angeles	21°
Mailand	33°
Manila	32°
Mexiko Stadt	22°
Miami	29°
New York	36°
Peking	30°
Prag	25°
Stockholm	21°
Tokio	28°
Washington	34°
Wien	30°
Zürich	27°



unter 0 um 0 um 5 um 10 um 15 um 20 um 25 um 30 um 35 über 35
Handelsblatt | Mehr Wetter unter www.handelsblatt.com/wetter | Quelle: wetter-deutschland.com